



Daniela Kolbe
Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der Enquete-Kommission
„Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“

Daniela Kolbe, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Paul-Löbe-Haus
Raum: 7.336
Telefon: +49 30 227-75429
Fax: +49 30 227-76671
E-Mail: daniela.kolbe@bundestag.de

Daniela Kolbe, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Leipzig gegen Krieg
c/o Friedenszentrum Leipzig e.V.

via E-Mail: t.schleip@t-online.de

Bürgerbüro:
Rosa-Luxemburg-Straße 19/21
04103 Leipzig
Telefon: +49 341-2682010
Fax: +49 341-2682013
E-Mail: daniela.kolbe@wk.bundestag.de

Berlin, 06.09.2013, MJ
Bezug:
Anlagen:

Bundestagswahl 2013 – Positionen zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen

Sehr geehrte Damen und Herren,
Lieber Herr Schleip,

zunächst einmal danke ich Ihnen für Ihre oben genannte E-Mail und den darin übersandten Fragen zur Friedenspolitik. Die SPD hat sich immer als Friedenspartei verstanden. Ich erinnere an dieser Stelle z. B. an die Entspannungspolitik während des Ost-West-Konflikts. Unsere sozialdemokratische Außenpolitik war immer geprägt von Friedenspolitik. Gern antworte ich Ihnen konkret auf die einzelnen Fragestellungen:

1. Wie positionieren Sie sich zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr?

Zur Sicherung des Friedens und Bewältigung von Krisen sind vorrangig diplomatische, wirtschaftliche und humanitäre Maßnahmen auszuschöpfen. Sollte ein bewaffneter Einsatz dennoch notwendig sein, um Frieden und Sicherheit wiederherzustellen, muss auf alle Fälle ein klares völkerrechtliches Mandat der Vereinten Nationen vorliegen. Einer Beteiligung durch die Bundeswehr muss darüber hinaus auch der Deutsche Bundestag zustimmen.

2. „Bündnispartner“ innerhalb der NATO verletzen mit gezielter Spionage verfassungsmäßige Grundrechte dieses Landes. Käme für Sie aus diesem Grund eine Suspendierung oder Beendigung der deutschen NATO-Mitgliedschaft in Frage?

Das Ausspähen von „Freunden“ ist in meinen Augen nicht hinnehmbar. Hier ist eine klare Positionierung Deutschlands gegenüber den Partnern nötig. Nichts desto trotz wäre eine Suspendierung oder Beendigung nicht der richtige Schritt und käme für mich an dieser Stelle nicht in Frage.



Daniela Kolbe

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der Enquete-Kommission
„Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“

3. In Deutschland lagern immer noch Atomwaffen, die von der Bundeswehr im Rahmen der atomaren Teilhabe genutzt werden. Wie stehen Sie zur nuklearen Abrüstung?

Ich, wie auch die SPD, stehen dafür, dass ein kompletter Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland und Europa erfolgen muss. Unser Ziel ist und bleibt eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen. Wir unterstützen regionale Ansätze für Zonen frei von Massenvernichtungswaffen. Wir wollen, dass im Rahmen eines gesamteuropäischen Abrüstungsvertrages auch die in Deutschland verbliebenen taktischen Atomwaffen abgezogen werden. Wir wollen zugleich der konventionellen Abrüstung und Rüstungskontrolle neue Impulse geben. Eine Welt frei von Atomwaffen ist keine Utopie, sondern eine konkrete Verpflichtung der Unterzeichner des Nichtverbreitungsvertrages. Deutschland kann national und international auf vielfältige Weise einen wirksamen Beitrag zu einer Welt ohne Atomwaffen leisten.

4. Leipzigs OBM Jung ist Mitglied der Bürgermeisterinitiative zur Abschaffung der Atomwaffen. Wie würden Sie dieses lokale Engagement unterstützen?

Lokales Engagement unterstütze ich in diesem Punkt mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln. Ich unterstütze seit Jahre verschiedene Initiativen, die sich gegen Atomwaffen, gegen Rüstungspolitik und für Friedenpolitik einsetzen. In Berlin haben wir als SPD-Bundestagsfraktion dazu eine Reihe von Anträgen eingebracht. das müssen wir mit Vehemenz weiter tun.

5. Die 13. Panzergrenadierdivision Leipzig wurde zum 01.07.13 aufgelöst, an ihrer Stelle soll das personalreduzierte Ausbildungszentrum des Heeres eingerichtet werden. Würden Sie sich dafür einsetzen, freiwerdende militärische Liegenschaften im kommunalen Interesse zu Kindergärten oder Bildungseinrichtungen umzuwidmen?

Eine entsprechende Umwidmung, wenn dies die Gegebenheiten vor Ort zulassen, würde ich sehr unterstützen. Das erfordert zunächst jedoch die komplette Beräumung und Befreiung des Geländes z. B. von Munitionsrückständen oder ähnlichem militärischen Material.



Daniela Kolbe

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der Enquete-Kommission
„Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“

6. Deutschland ist Europameister der Rüstungsexporteure. Welche Maßnahmen würden Sie befürworten, um Rüstungsproduktion und –exporte einzuschränken?

Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle sind für mich wie für uns als SPD zentrale Überlebensfragen. Wir werden uns z. B. dafür einzusetzen, dass im Rahmen von Rüstungskontrollpolitik das Thema Kampfdrohnen aufgegriffen und in einen rüstungskontrollpolitischen Prozess eingebettet wird und dass automatisierte waffenfähige Systeme völkerrechtlich geächtet werden. Zudem wollen wir als SPD zurück zu den restriktiven Exportrichtlinien der rot-grünen Regierungszeit. Rüstungsexporte in Krisengebiete und in Länder, in denen die Menschenrechte massiv missachtet und verletzt werden, lehnen ich, lehnt die SPD ab. Die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ legen eindeutig fest, dass die innere Lage des Empfängerlandes, die Menschenrechtssituation, der Respekt internationaler Konventionen und mögliche Konsequenzen für die regionale Sicherheit bei den Rüstungsexportentscheidungen berücksichtigt werden müssen, was bei Nichterfüllung der dort genannten Kriterien zur Untersagung führen muss. Deswegen lehnen wir die von Schwarz-Gelb beabsichtigte Lieferung von Kampfpanzern des Typs Leopard 2 nach Saudi-Arabien und andere Staaten der arabischen Halbinsel ab.

7. Die Bundeswehr wirbt aktiv an allgemeinbildenden Schulen, beim Leipziger Stadtfest oder auf Messen bei Minderjährigen um Nachwuchs. Welche Position beziehen Sie zu diesen Aktivitäten?

In meinen Augen ist das ein „No Go“, was ich nicht toleriere. Die Bundeswehr hat weder etwas an Schulen noch an Kindergärten noch als bunte Werbeanzeige in der Bravo zu suchen.

8. Bei der Bundeswehr gibt es zunehmend Skandale bei Rüstungsaufträgen (z.B. Drohnen, Eurofighter). Welche Maßnahmen würden Sie ergreifen, um dies für die Zukunft zu unterbinden und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen?

Wir fordern die internationale Ächtung bewaffneter Kampfdrohnen. Zudem sind wir als SPD gegen deutsche Waffen- und Rüstungsexporte in Krisenregionen und an Länder, die die Menschenrechte missachten. Wir sind für eine verbindliche gesetzliche Regelung für eine restriktive Rüstungsexportpolitik. Wir müssen die Rahmenbedingungen schaffen, dass das Parlament hier bessere Kontrollmöglichkeiten erhält, auch bei der Überprüfung bereits bestehender Verträge. Die Kontrollfunktion des Deutschen Bundestages muss gegen-



Daniela Kolbe

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der Enquete-Kommission
„Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“

über der jetzigen Praxis deutlich effektiver gestaltet und gestärkt werden. Dies ist in vielen anderen Ländern, auch NATO-Mitgliedstaaten, längst üblich. Wir fordern deshalb, den Rüstungsexportbericht der Bundesregierung spätestens drei Monate nach Ablauf des jeweiligen Kalenderjahres zu veröffentlichen und ein gestuftes angemessenes, zeitnahes und praktikables Verfahren zur parlamentarischen Beteiligung an Rüstungsexportentscheidungen zu entwickeln. Die Letztentscheidung und Verantwortung für Rüstungsexporte bleiben bei der Bundesregierung; dem Parlament müssen jedoch größere und umfassendere Informations- und Beteiligungsrechte eingeräumt werden.

9. Auf dem Truppenübungsplatz Altmark errichtet die Bundeswehr eine Übungsstadt zur Ausbildung im Straßenkampf. Wie stehen Sie zu einem Einsatz der BW im Inneren?

Ich bin dezidiert gegen den Einsatz der Bundeswehr im Inneren.

10. Wegen vermehrter Auslandseinsätze werden für den „Heimatschutz“ Regionale Unterstützungskommandos aus Reservisten in Dienst gestellt. Welche Meinung vertreten Sie zu diesem Aufbau paramilitärischer Einheiten in der Bundesrepublik?

Auch hier bin ich strikt dagegen, den Aufbau paramilitärischer Einheiten lehne ich strikt ab.

Mit freundlichen Grüßen

Daniela Kolbe, MdB